

**Das Pendel schwingt zurück
Andauernde Strukturschwächen und mißlungene ordnungspolitische Änderungen
führen zu Konzentration auf Strukturreformen**

Eckard Garms

Wieder einmal sind wir Zeugen eines politischen und wirtschaftlichen Umschwungs in China. Hatte man sich gerade daran gewöhnt, Berichte über eine liberalisierte Wirtschaftspolitik aus China zu lesen, über die Einbeziehung von Marktelementen in die starre Planstruktur, so ist seit Dezember 1980 wieder eine erneute Zentralisierung zu verzeichnen.

Auslöser - nicht Ursache - für die jetzt verfüzten Maßnahmen ist die inflationäre Entwicklung im Lande, die 1980 nach inoffiziellen Berichten 15-20% betrug. Geldentwertungen in solchen Größenordnungen machen die in den letzten Jahren erzielten Einkommensverbesserungen von durchschnittlich 20-30% wieder zunichte. Das Resultat ist (die schon jetzt in Form von Streiks zu beobachtende) Unruhe unter der Bevölkerung.

Diese Befürchtung bringt der Parteichef der Provinz Heilongjiang zum Ausdruck:

"Worin besteht die Gefahr? Sie besteht in einer möglichen Wirtschaftskrise, die zu einer instabilen politischen Lage führen kann, wenn wir nicht erfolgreich arbeiten." (1)

Obwohl es (besonders für Agrarerzeugnisse) Preiserhöhungen für viele Verbrauchsgüter gegeben hat, ist die Hauptquelle der Geldentwertung das fortdauernde Defizit des Staatshaushalts. 1979 betrug es über 17 Mrd. Yuan, 1980 lag es vermutlich ebenso hoch. Diese Unterdeckung wurde bislang weder durch Ausgabenkürzungen noch durch Einnahmeerhöhungen geschlossen. Die zentralen Planungsinstanzen setzten vielmehr die Notenpresse in Gang und schlossen das Defizit durch eine "unfreiwillige Ersparnis" der Bevölkerung in Form einer Entwertung ihrer Bargeldeinkommen.

Angesichts der absehbaren politischen Folgen der Lohnkürzungen blieb als einziger gangbarer Ausweg, die Investitionsausgaben drastisch zu kürzen. Dies ist der Kernbeschuß, den die ZK-Arbeitskonferenz im Dezember 1980 faßte.

Die Idee, den Hebel bei den zu hohen Investitionen anzusetzen, ist keineswegs neu. Spätestens seit 1978 war dies Bestandteil der offiziellen Politik, die jedoch in der Realität erfolglos blieb. Die Probleme der chinesischen Wirtschaft sind viel schwerwiegender, als dies das bei uns so geläufige Phänomen "Haushaltsdefizit" vermuten läßt.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Wirtschaft wieder ins Lot zu bringen?

Seit 1976, dem Ende der linken Politik, können wir drei Phasen unterscheiden, die von einer jeweils bescheideneren Zielsetzung in der Wirtschaft zeugen. Zuerst galt der zu Beginn des Jahres 1977 ausgearbeitete Zehnjahresplan. Er hatte der Volkswirtschaft unrealistische und von den wirklichen Engpässen abgehobene Ziele gesetzt. Im einzelnen hatte man sich damals vorgenommen:

- 85% der Hauptarbeitsgänge in der Landwirtschaft zu mechanisieren,
- 400 Millionen Tonnen Getreide und 60 Millionen Tonnen Stahl bis 1985 zu erzeugen und
- 120 industrielle Großprojekte, darunter 10 Eisen- und Stahlkomplexe, 30 Kraftwerke und 9 Buntmetallbasen, zu bauen.

Zwei Jahre lang noch, 1977 und 1978, hatte man die alte Wirtschaftspolitik kritiklos fortgeschrieben, sogar gehofft, nach der Befreiung von den Mao-Gefolgsleuten um seine Witwe eine rasche Entwicklung der Wirtschaft durchsetzen zu können. Heute wird diese Zwischenphase in Beijing selbstkritisch als ein neuer "Großer Sprung nach vorn" kritisiert. Diesmal wird er jedoch "Ausländischer Sprung nach vorn" genannt - ein Seitenhieb auf den in jenen Jahren geplanten großformatigen Einsatz importierter Anlagen. Jetzt stützt man diese Projekte auf ein verkrachtbares Maß. Spektakulärstes Beispiel ist die Kündigung der Verträge mit hauptsächlich japanischen und deutschen Zulieferern für das Stahl- und Walzwerk Baoshan bei Shanghai.

Obwohl offiziell erst im August 1980 von Hua Guofeng zurückgenommen, waren die Ziele des Zehnjahresplans schon auf der 3. Tagung des XI. ZK im Dezember 1978 korrigiert worden. Erst diese Tagung leitete auf wirtschaftlichem Gebiet die Nach-Mao-Ära ein - und nicht der Sturz der Radikalen i. J. 1976.

Dieses Ende 1978 beschlossene Konsolidierungsprogramm, das die zweite Phase einleitete, faßte seine Leitgedanken in den vier Begriffen (bzw. in der "Acht-Zeichen-Leitlinie") "Regulierung, Reform, Konsolidierung, Niveauanhebung" formelhaft zusammen. Damals rangierten die beiden Säulen des Programms, die Neugewichtung der volkswirtschaftlichen Proportionen und die Reform der Wirtschaftsordnung, noch gleichberechtigt nebeneinander.

Alle anstehenden Probleme sollten in rund drei Jahren (1979-1981) gleichzeitig gelöst werden. Dies erwies sich als nicht durchführbar. Die angestrebte Kürzung von überzogenen Investitionsvorhaben stieß auf den Widerstand der Betroffenen, die Belebungsversuche für die Wirtschaft durch materielle Anreize und Marktkräfte wurden ökonomisch nicht wirksam. Deshalb entschloß sich die Beijinger Wirtschaftsführung zum Ende des Jahres 1980, zwei Jahre nach der Verkündung des Konsolidierungsprogramms, zu einer Frontbegrädigung:

Die Beseitigung der Strukturschwächen, die Sanierung der Industrie (das tiao zheng) bilden die Hauptaufgabe, die Reform der Wirtschaftsordnung tritt zurück; wie weit - das läßt sich noch nicht absehen. Gegenwärtig scheint es so, daß man die eingeleiteten Reformmaßnahmen nicht rückgängig machen wird, aber auch auf die angekündigte Ausdehnung verzichtet. In diesem dritten Anlauf der Nach-Mao-Ära rangieren Zentralismus und Plan wieder ganz oben:

"Die Planmäßigkeit muß verstärkt werden, die Blindheit überwunden werden." Und noch prononcierter: "Wenn es keine Planwirtschaft gibt, dann gibt es auch keinen Sozialismus."

Hatte der jetzige Premier Zhao Ziyang noch zu Beginn des Jahres 1980 Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Leistungsprinzip als die beiden Grundvoraussetzungen des Sozialismus definiert, so erhebt die Volkszeitung ebenfalls die Planwirtschaft in den Rang einer nicht verzichtbaren Bedingung für die Existenz des Sozialismus (2).

Zur Beantwortung der Frage, ob das erneute Umschwenken der Wirtschaftspolitik Beijings gerechtfertigt ist, sollen deshalb zuerst die Strukturschwächen und die bisherigen Ansätze zu ihrer Lösung untersucht werden.

1. Strukturanpassung

1.1. Oberinvestitionen

Die schwerste Verzerrung der chinesischen Wirtschaftsstruktur wurde durch einen konzentrierten, betragsmäßig überzogenen Mitteleinsatz für Investitionszwecke hervorgerufen. Dies zeigt sich an einer über lange Jahre sehr hohen Investitionsquote am Bruttosozialprodukt in China oder - mit den Begriffen der chinesischen Statistik ausgedrückt - an einer sehr hohen Akkumulationsrate am Nationaleinkommen. Nach den chinesischen Veröffentlichungen betragen diese Oberinvestitionen in den einzelnen Perioden (3):

1.Fünfjahresplan:	24,2%
2.Fünfjahresplan:	30,8%
1963-65:	22,7%
3.Fünfjahresplan:	26,3%
4.Fünfjahresplan:	33,0%
1978:	36,6%
1979:	33,6%
1980:	über 30,0%

Die höchste in einem Jahr erreichte Akkumulationsrate sei 1959 mit 43,8% erreicht worden. In den letzten zehn Jahren hat die Akkumulationsrate immer z.T. beträchtlich über 30% gelegen.

Die Bereitstellung von solch großen Finanzmitteln war nur durch eine rigorose Beschränkung des Konsumanteils - rechnerisch der andere Teil bei der Verwendung des Sozialprodukts - zu erzielen. Konkret wurde der Aufbau der chinesischen Industrie durch einen Konsumverzicht der chinesischen Bevölkerung bezahlt. Die Löhne der städtischen Industriearbeiter stagnierten lange Jahre. 1976 lagen sie im Durchschnitt (mit 616 Yuan jährlich) um 6,8% niedriger als 1964 und 3% niedriger als 1957. Erst 1979 überschritt man mit 705 Yuan pro Kopf und Jahr das beste vorhergehende Jahr, nämlich 1964 (4).

Diese nichterfüllten Erwartungen an den Lebensstandard waren neben den hier nicht weiter zu analysierenden politischen Gründen ein wesentlicher Faktor, der die heutige Lethargie, die mangelnde Leistungsbereitschaft und die damit immer weiter absinkende Arbeitsproduktivität der chinesischen Arbeiterschaft erklärt.

Inzwischen gibt es viele Veröffentlichungen darüber, daß es in China weiterhin Hungersnöte gibt. Offizielle Zahlen sprechen von 100 Millionen unterernährten Landbewohnern, inoffizielle Zahlen nennen 130-200 Millionen Bauern, die vom Hunger betroffen sind.

Wie die obengenannten Zahlen für die Akkumulationsraten der

vergangenen Jahre zeigen, konnte hier keine wesentliche Trendwende eingeleitet werden. Im Gegenteil: Für 1981 war sogar noch eine Erhöhung der Investitionen von 50 Mio.Yuan (1980) auf 55 Mio.Yuan geplant. Wie schon 1979 und 1980 mußten diese Finanzmittel für Neuinvestitionen zu einem beträchtlichen Teil durch das Ingangsetzen der Notenpresse, d.h. inflationär, finanziert werden. Die dadurch hervorgerufene Entwertung der Realeinkommen wirkte als Zwangssparen für die Bevölkerung. Die somit verringerte Kaufkraft der Bevölkerung in China ließ die gerade in den letzten zwei Jahren zu verzeichnenden Lohnerhöhungen z.T. wieder zunichte werden. Eine zunehmende Unruhe über den Reallohnabbau war deshalb nicht verwunderlich.

1.2. Zersplitterung beim Einsatz der Investitionsmittel

Zwar war die hohe Mittelabschöpfung auf Kosten des Konsumbereichs politisch durchsetzbar (anders als bei einer Marktwirtschaft), aber die Herstellung bestimmter Investitionsgüter und die Energieerzeugung konnten mit der Geldmittelbereitstellung nicht Schritt halten. Deshalb war bei Neuinvestitionsprojekten eine ausreichende Belieferung mit Baumaterialien, Anlagen und vor allem Energie nicht gewährleistet.

Hinzu kam, daß die mit der konkreten Investitionsplanung beauftragten Ministerien bzw. lokalen Behörden die ihnen zustehenden Mittel unökonomisch und zersplittert einsetzten. Zu viele parallele Projekte wurden in Angriff genommen. Als Resultat zogen sich die Bauzeiten bei den in Angriff genommenen Projekten in die Länge. Betrogen diese im 1.Fünfjahresplan noch 4-5 Jahre, so braucht die Neuerrichtung eines Werks heute über 10 Jahre; d.h., der Investitionseffekt wurde immer geringer.

Zur Illustration einige Zahlenbeispiele:

Von 1952 bis 1978 führten 68% der Gesamtinvestitionen zu neuen Kapazitäten, d.h., in 32% der Fälle waren die Investitionsprojekte ein Fehlschlag. 1978 waren 72 Mrd.Yuan durch in Bau befindliche Projekte gebunden. Das war das Eineinhalbfache der Gesamtinvestitionsmittel jenes Jahres.

"1979 waren von den in Bau befindlichen Projekten, von denen jedes mehr als 5 Mio.Yuan kostet, über 300 länger als 15 bis 20 Jahre im Bau; mehr als 100 waren über 20 Jahre lang im Bau." (5)

Hinzu kommen Berichte, daß genehmigte Mittel zweckentfremdet wurden und hierdurch natürlich die zugeteilten Materialien unbrauchbar wurden, daß Projekte einfach aufgrund mangelnder Vorausplanung zu Fehlschlägen wurden:

"Wie es heißt, gab es in einer (nicht mit Namen genannten) Provinz in den 20 Jahren von 1958 bis 1977 insgesamt 81 vom Ausmaß her verhältnismäßig große Investitionsprojekte, die als Fehlschläge registriert wurden; darunter waren 41 mit falscher Standortwahl. Es gab vier, deren Produkte nach Beendigung als inakzeptabel ausgedeutert wurden und die nicht produzieren durften. 27 konnten über den langen Zeitraum nie ihre Kapazität erreichen, und neun waren in der Projektierung nicht (mit anderen Projekten) koordiniert worden" (6). Bei der Provinz handelt es sich wahrscheinlich um Gansu.

Verschärfend kam in den letzten Jahren im Zuge der wirtschaftlichen Dezentralisierungsmaßnahmen hinzu, daß Betriebe die ihnen zustehenden Finanzmittel genutzt haben, um selbständig die Produktion auszuweiten bzw. neue Werkanlagen zu errichten. Diese sind inzwischen als Konkurrenten um Rohmaterialien und Energie gegenüber den schon etablierten großen Betrieben aufgetreten: "Wir können die Mängel, die im Prozeß der Reform aufgetreten sind, nicht ignorieren. Diese Mängel zeigen sich offenkundig auf einigen Gebieten in der folgen-

den Erscheinung: Um ihr finanzielles Einkommen zu erhöhen, sind in der Rohmaterialien verarbeitenden Industrie solche unrealistischen Konstruktionen und Entwicklungen wie die, daß kleine Fabriken große ausquetschen, daß zurückgebliebene Unternehmen fortgeschrittene Unternehmen ausquetschen und daß neugebaute Unternehmen existierende Unternehmen ausquetschen, aufgetreten. Diese Probleme gab es schon vor der Reform des Systems." Aber aufgrund einer mangelnden Anleitung durch die Zentrale haben sich diese Mängel bis zu einem gewissen Grad durch die Reform noch verschärft (7).

Im selben Grundsatzartikel der Volkszeitung über die Schwerpunktverlagerung auf das Sanierungsprogramm wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine Ausweitung der betrieblichen Gewinnbeteiligung nicht zu einem Rückgang der staatlichen Einnahmen aus Betriebsgewinnen und Steuern geführt habe. Einfach zu behaupten, daß ein größerer Gewinnanteil für die Betriebe logischerweise weniger Gewinne für den Staat nach sich ziehe - dies sei eine mechanische Rechenmethode und könne nicht die aktuelle Situation wiedergeben.

1.3. Disproportionen zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen, in die die Investitionen geflossen sind, gibt es große Unterschiede. Von den Gesamtinvestitionen der Jahre 1952 bis 1978 gingen 12% in die Landwirtschaft, 5,4% in die Leichtindustrie und 54,2% in die Schwerindustrie. Diese schwerindustriellen Investitionen seien ihrerseits vor allen Dingen auf die Bereiche metallurgische Industrie und Maschinenbau konzentriert worden.

Gerade die Engpässe in der Energieversorgung zwingen die Betriebe zu verminderter Kapazitätsauslastung: "Gegenwärtig ist bei vielen Unternehmen... die Versorgung mit Brennstoffmaterial und Energie so knapp, daß sie im Normalfall ihren Betrieb nach vier Tagen Arbeit drei Tage oder nach drei Tagen Arbeit vier Tage ruhen lassen müssen." (9)

Gleichlautend der Gouverneur der Provinz Guangdong: 1975 hätte die Provinz Mindereinnahmen in Höhe von 7,5 Mrd.Yuan hinnehmen müssen, da der Elektrizitätsbedarf nur zu 61% gedeckt werden konnte.

Es fehlt an Energie, an Rohmaterialien und Vorprodukten: "Z.B. sind nur zwei Drittel unserer Textilindustriearüstungen ausgelastet. Bei unserer Seifenproduktionskapazität werden nur 70% ausgenutzt, und nur ein Drittel bis zwei Drittel unserer Maschinenbaukapazitäten - auf den Gebieten hydraulische Pressen, mechanische Reparaturdienste, Wärmeverarbeitung, Elektroplattierung, Metallguß und Schmieden - werden genutzt. Die großen Tabakfabriken in Shanghai und Tianjin, die in der Lage sind, einen Kasten Zigaretten mit dem Einsatz von nur 58 kg Tabak herzustellen, sind nur 'halbgeöffnet', während die kleinen Tabakfabriken voll arbeiten und dabei 85 kg Tabak für jeden Kasten Zigaretten, den sie herstellen, verschlingen" (8).

Weiterhin ist die Energieversorgung eines der drückendsten Probleme der chinesischen Wirtschaft. 1980 ging die Energieerzeugung sogar um 2,4% zurück, für 1981 ist eine Stagnation eingeplant.

Demgegenüber bleiben die Mehraufwendungen für die Energieerzeugung ungenügend. 1979 wurden 6,9% der Investitionen für Energieprojekte verwendet, 1980 9,1%.

Die chinesische Berichterstattung unterscheidet zwischen "produktiven" und "nichtproduktiven" Zwecken. Habe man im 1.Fünfjahresplan noch 28,3% der Investitionen pro Jahr für

nichtproduktive Zwecke eingesetzt, so sei dieses Verhältnis für den Zeitraum von 1971 bis 1975 auf 13,4% zurückgegangen. Das habe zu empfindlichen Engpässen beim Wohnungsbau und bei Verkehr und Dienstleistungen geführt.

1.4. Konsolidierungsbeschluß vom Dezember 1978 und dessen praktische Ergebnisse

Schon zwei Jahre zuvor, im Dezember 1978, hatte das 3.ZK-Plenum einen Versuch unternommen - nach vielen vergeblichen Versuchen in der Vergangenheit -, die wirtschaftlichen Prioritäten neu zu gewichten, die Landwirtschaft vor der Leichtindustrie und der an die dritte Stelle verwiesenen Schwerindustrie rangieren zu lassen. Bei letzterer sollten jedoch Bereiche wie Energieerzeugung, Transportwesen und bestimmte industrielle Weiterverarbeitungsstufen von dieser Zurückstufung ausgenommen werden. Damals beschloß man folgende Maßnahmen:

a) Die Investitionsquote soll auf 25% des Nationaleinkommens begrenzt werden. Dies ist bisher nicht gelungen. Die oben angeführten Ziffern belegen auch für 1979 und 1980 Investitionsquoten von über 30%. Für 1981 nannte Finanzminister Wang sogar eine Erhöhung der Investitionsmittel von 50 auf 55 Mrd.Yuan.

b) Investitionsvorhaben, deren Fertigstellung aufgrund fehlender Material- und Energiebelieferung nicht gesichert ist, die Produkte herstellen, für die kein Markt vorhanden ist, und die auch nach Fertigstellung noch lange Zeit subventioniert werden müssen, sollen stillgelegt bzw. mit rentablen Unternehmen fusioniert werden. 1978 war von Betriebsstillegungen in einer Größenordnung von mehreren Tausend die Rede (10); in seinem Wirtschaftsbericht am 30.August 1980 nennt Yao Yilin die Stilllegung von 295 Projekten i.J. 1979 und vorgesehenen 238 i.J. 1980.

In vielen Fällen verhinderte der Branchenegoismus ökonomisch notwendige Stilllegungen. Dies verdeutlicht ein Beispiel aus Shanghai. Die Leichtindustrie der Stadt leidet u.a. unter einem Mangel an Fabrikgebäuden; dadurch sind die Fertigungsstätten weit verstreut, 7.200 Maschinen können gar nicht aufgestellt werden. Gleichzeitig sind durch abgebrochene Investitionsprojekte der Maschinen- und Landmaschinenindustrie leerstehende Industriebauten vorhanden. Bislang waren aber die betreffenden Branchenverwaltungen nicht bereit, der Leichtindustrie diese Gebäude zu überlassen, nicht einmal auf Pachtbasis (11).

Oft wurden nicht nur die vorgesehenen Stilllegungsmaßnahmen torpediert, sondern im Gegensatz dazu Neuinvestitionen vorgenommen. Ein Reporter der chinesischen Nachrichtenagentur berichtet von Kräften, die sich diesen Stilllegungen widersetzen. "Diese Leute behaupten: 'Unsere Unternehmen stellen Erzeugnisse her, die dringend gebraucht werden'; 'wir sind die schwachen Kettenglieder unserer Wirtschaft, wir brauchen diese Projekte' oder 'wir sind überlegen'. Sie geben hiermit ihrem Bedarf für irgendeine Sache Ausdruck, ohne die gesamte Situation zu beachten. Das Ergebnis ist, daß eine große Anzahl parallel laufender Bauprojekte in überhasteter Weise angefangen worden sind." (12)

c) Die Betriebe sollen veranlaßt werden, ihre überhöhte Lagerhaltung abzubauen. Trotz beständiger Aufrufe, so Wang Bingqian in seiner Haushaltsrede, hätten die gehorteten mechanischen und elektrotechnischen Produkte inzwischen den Wert von 60 Mrd.Yuan, Walzstahlerzeugnisse den von 20 Mrd.Yuan überschritten. Hinzu kommen "riesige Mengen von Ladenhütern und nur schwer absetzbaren Waren", aber durchaus auch große Mengen knapper Erzeugnisse im vielstufig verästelten Staatshandel. Zusammengenommen dürfte die überhöhte

Lagerhaltung an die Summe der Neuinvestitionen der Jahre 1979 und 1980 (jeweils 50 Mrd.Yuan) heranreichen. Unklar bleibt, wie man diese teuren Lagerbestände mit administrativ-politischen Mitteln ("viele Aufrufe") abbauen will. Hier kann nur eine wirkliche Reform des Plansystems eine Abhilfe schaffen, die es den Betrieben ermöglicht, sich von ihren Polstern, die als "harte Währung" bezeichnet werden, zu trennen bzw. die sie zwingt, marktgerechte Erzeugnisse herzustellen. Die inzwischen beschlossene Besteuerung des Umlaufvermögens ist nur ein Schritt in diese Richtung.

d) Den strukturschwachen Sektoren, also Landwirtschaft und Leichtindustrie, Bau- und Energiewirtschaft und Transportwesen, soll durch ein Bündel von Maßnahmen geholfen werden. Generell ist geplant, den Schwachstellen mehr staatliche Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen und sie bevorzugt mit den benötigten Rohstoffen und Vorprodukten zu beliefern. Hinzu kommen Einzelmaßnahmen wie Steuersenkungen und höhere Ankaufpreise für einzelne agrarische Erzeugnisse.

In der Praxis gelang es den chinesischen Planern jedoch nicht, die staatlichen Investitionsmittel in diese Problembereiche umzulenken. Zwar lassen sich einige Erfolge verzeichnen: So wurden 17 Mrd.Yuan der für 1980 zur Verfügung stehenden Investitionsmittel, also rund ein Drittel, für nichtproduktive Zwecke wie Wohnhausbau und Kultur, Erziehung und Gesundheit verwendet. Die Zahlen der Vergangenheit hatten dort wesentlich schlechter ausgesehen. Während des 1.Fünfjahresplans in den fünfziger Jahren hatte man zwar noch 28,3% hierfür ausgegeben, dann aber seit 1959 bis 1976 im jährlichen Durchschnitt nur 13,2%. 1977 waren 16,7%, 1978 17,4%, 1979 dann schon 27% für nichtproduktive Zwecke investiert worden. Der Löwenanteil dieser Gelder floß in den Wohnungsbau, 1980 über 10 Mrd.Yuan.

Die Leichtindustrie, die noch 1979 nur 1% schneller als die Schwerindustrie angewachsen war, konnte 1980 um 17,4% wachsen, die Schwerindustrie dagegen nur um 1,6%. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob dieser Zuwachs der Leichtindustrie lediglich ein Erholungseffekt aufgrund einer besseren Rohstoff- und vor allem Energiebelieferung war. Die bisher nicht genutzten leichtindustriellen Kapazitäten lassen noch eine weitere Steigerung der Produktion zu, ohne neue Investitionen vorzunehmen.

Die Landwirtschaft mußte 1980 sogar einen Rückgang ihrer Finanzhilfen um 2,6 Mrd.Yuan hinnehmen. Für sie stehen die Chancen trotz der gegenüber dem Rekordjahr 1979 i.J. 1980 zurückgegangenen Getreideernte besser als für die industriellen Schwachstellen. Denn nicht die staatlichen Investitionen sind hier von entscheidender Bedeutung für die Produktionssteigerung, sondern zum einen die institutionellen Veränderungen. Hierunter fallen die im letzten Jahr vorgenommenen Teilprivatisierungen, die unter Einschluß der Pacht rund ein Viertel der chinesischen Landwirtschaft ausmachen. Zweitens verfolgt Beijing eine für die Landwirtschaft förderliche Preispolitik, d.h., geringe Geldbeträge werden mit dem Preisinstrumentarium aus der Landwirtschaft abgeschöpft. Die Ende 1979 vorgenommenen Preiserhöhungen vieler Agrarerzeugnisse unter Einschluß einiger Rohstoffe für die Bau- und die Leichtindustrie (Holz, Baumwolle, Zuckerrüben und Zuckerrohr) wirken offensichtlich förderlich auf die Leistungsbereitschaft der chinesischen Bauern. Die Landwirtschaft wirklich zur Grundlage der Wirtschaftsentwicklung zu machen einzuschränken und die Bauern durch annähernde Marktpreise zu einer besseren Belieferung der Städte mit Nahrungsmitteln und der Leichtindustrie mit Rohstoffen zu motivieren.

Dennoch kann man nicht von einem wirklichen Erfolg der Ende 1978 beschlossenen Prioritätenverschiebung in Chinas Wirtschaft sprechen. Auf der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses formulierte ein Delegierter ebenfalls seine Zweifel: "Der Planbericht macht viele Worte zur Entwicklung der Schwerindustrie, aber zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie gibt es nur einen Satz: 'Wir müssen uns anstrengen, die Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie zu beschleunigen'. Wie soll man sie entwickeln? Dazu werden keine konkreten Maßnahmen genannt. Aus dem Bericht kann man nicht ersehen, welche Maßnahmen die Landwirtschaft nach oben bringen. Die Unterstützung für die ländlichen Volkskommunen und die Kosten verschiedener Gewerbe im nächsten Jahr (1981) belaufen sich auf nur 8,8 Mrd.Yuan; das ist noch weniger als die Kosten für Kultur, Erziehung, Gesundheit und Wissenschaft. Wenn man das so widerspiegelt, liegt der Schwerpunkt der staatlichen Planungskommission nach wie vor bei der Schwerindustrie. Das Leitbewußtsein ist nach wie vor Schwerindustrie, Leichtindustrie, Landwirtschaft - und das ist gefährlich." (13)

Die geringsten Erfolge waren bei einer Zurückstufung von unrentablen Investitionsprojekten zu verzeichnen. Hier konnten keine Kürzungen vorgenommen werden, während auf anderen Gebieten neue Geldmittel bereitgestellt werden mußten. Das Ergebnis waren die Haushaltsdefizite der Jahre 1979/80, die auch in den nächsten Jahren zu erwarten sind.

1.5. Die Beschlüsse vom Dezember 1980

Um der langsam stärker werdenden Unruhe der eigenen Bevölkerung über den inflationären Lohnabbau entgegenzuwirken, entschloß sich Beijing nun zu einer Radikalkur:

1.5.1. Investitionskürzungen

Auf der 17.Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses gab der Leiter der Staatlichen Planungskommission, Yao Yilin, bekannt, daß die für 1981 geplanten Investitionsmittel von 55 Mrd. auf 30 Mrd.Yuan zusammengestrichen werden - fast um 45%! Von Verlagerung der Investitionsmittel auf leichtindustrielle und landwirtschaftliche Gebiete war keine Rede. Ebenfalls für den Energiesektor scheint nicht mehr Geld aufgewendet zu werden. Angesichts der Größenordnung der genannten Investitionskürzungen scheint Beijing gegenwärtig alle unrentablen und schlecht geplanten Projekte stilllegen zu wollen. Die Ergebnisse dieser radikalen Schnitte werden zeigen, ob Beijing nicht jetzt in das andere Extrem übereilter Kürzungsprogramme verfällt, dem auch ökonomisch rentable Projekte zum Opfer fallen.

Die meisten Investitionsmittel benötigen würde der Energiebereich, denn obwohl die Energieversorgung seit Jahren als Schwachpunkt anerkannt wird, konnten hier im Gegensatz zu den schwachen Belegungen bei der Landwirtschaft und der Leichtindustrie keine Besserungen erzielt werden. Doch für 1981 scheint man sich ebenso wie für das Jahr 1980 in erster Linie auf Einsparungsmaßnahmen verlassen zu wollen, da man realistischerweise davon ausgeht, daß die Energieerzeugung weiterhin stagnieren wird. Zu diesem Zweck will man z.B. die Stahlerzeugung von 35 Mio.t auf 33 Mio.t senken, um hierdurch Energie zu sparen.

1.5.2. Re-Zentralisierung

Da 1980 die von der Zentrale befürworteten und beschlossenen Reduzierungen der Investitionsvorhaben z.T. durch betriebliche und auf lokaler Ebene vorgenommene Investitionsprogramme wieder aufgehoben wurden, beschloß die Regierung Anfang Februar, daß alle Investitionsmittel in den einheitlichen Staatsplan für Investitionen eingegliedert und unter die Aufsicht der Aufbaubank gestellt werden müssen. Alle Projekte müssen dem Staatsrat zur endgültigen Bestätigung vorge-

legt werden. Dies wurde erneut in einem Artikel der Volkszeitung vom 10. Februar 1981 bestätigt. Um das Investitionsvolumen unter Kontrolle zu bringen, "muß der Staat die sowohl innerhalb des Budgets als auch außerhalb des Budgets liegenden Investitionen kontrollieren... und die frühere Methode ändern, nach der nur die Investitionen im staatlichen Haushalt kontrolliert wurden, nicht jedoch die Investitionen außerhalb des Staatshaushalts."

1.5.3. Erneuerung alter Anlagen

Der dritte Punkt der jetzt vorliegenden Beschlüsse betrifft das Verhältnis von Reinvestitionen und Neuinvestitionen. In der Vergangenheit war den Neuinvestitionen übermäßig Gewicht beigemessen worden. Die Renovierung bestehender Anlagen war dagegen vernachlässigt worden. In den nächsten Jahren soll daher die Erschließung bestehender Potentiale und die Sanierung bestehender Unternehmen das "prinzipielle Mittel der wirtschaftlichen Entwicklung" werden. Deshalb sollen 70% der Anlageabschreibungsbeiträge in die technologische Umgestaltung bestehender Betriebe investiert werden.

1.5.4. Kaufkraftabschöpfung durch Staatsanleihen

Zur direkten Sanierung der Staatsfinanzen soll eine Staatsanleihe in Höhe von 5 Mrd. Yuan aufgelegt werden, die von Unternehmen und anderen staatlichen Einheiten übernommen werden muß. Diese können dann Anteile weiterverkaufen. Die Stückelung von 10 Yuan bis 1 Mio. Yuan zielt sowohl auf Privatpersonen als auch auf "institutionelle Anleger".

Zusätzlich will die Zentrale 8 Mrd. Yuan aus dem Budget lokaler Ebenen abziehen.

2. Ordnungspolitik

Das - zumindest vorläufige - Ende ordnungspolitischer Experimente erlaubt uns, eine erste Einschätzung der tatsächlich auch in der Praxis durchgeführten Änderungen vorzunehmen. Diese Betonung der praktischen Durchsetzung ist deshalb von Beginn an nötig, da die Diskussion in den ökonomischen Fachzeitschriften naturgemäß viel weiter ging, als sich politisch realisieren ließ. Zu lesen ist im Normalfall politische Programmatik, die Wirklichkeit erscheint nur gefiltert.

Nicht alles, was sich da an Neuem präsentierte, fällt streng genommen unter den Begriff der ordnungspolitischen Reformen. Gerade die Liberalisierung im Bereich der genossenschaftlichen und privaten Kleinindustrie und der gesamten Landwirtschaft ist eigentlich eine Rückkehr zu Eigentumsformen, die während der 50er und 60er Jahre systematisch zurückgedrängt worden sind. Auch die Einbeziehung "materieller Anreize" in das Wirtschaftsleben war nur die Anerkennung, daß die politische Motivation das private Erwerbsstreben bei der Leistungserstellung nicht hatte ersetzen können. Diese Restauration privatwirtschaftlicher Eigentumsformen und erwerbswirtschaftlichen Denkens - das Umfeld für die Reformansätze im Bereich der staatlichen Wirtschaftsverwaltung - ist von dem jetzt verfügbaren Stopp der Reformpolitik nur indirekt betroffen.

2.1. Landwirtschaftliche Liberalisierungen

War es ein Ziel der "Linken", die Bauern zu immer mehr abgehobeneren Agrareinheiten zusammenzufassen, so will die seit deren Sturz herrschende Politik die kleinen Produktionsgruppen auf dem Lande nicht nur nicht antasten, sondern sie gegenüber Übergriffen der übergeordneten Ebenen, also Brigade und Kommune, in Schutz nehmen. Ein umfangreiches Bündel von Beschlüssen zielt darauf ab, die Rechte der Produktionsgruppe zu festigen:

- Für die Inanspruchnahme ihres Arbeitsgeräts und der Landarbeiter muß jetzt bezahlt werden;
- die Dauer und der Zeitpunkt solcher Arbeitseinsätze (z.B. zum Bau von großen Bewässerungsmaßnahmen) muß mit den Betroffenen abgestimmt werden;
- die Ablieferungspflichten gegenüber dem Staat dürfen nicht zu hoch sein und nicht willkürlich heraufgesetzt werden (z.B. nach guten Ernten);
- die Ermittlung der Arbeitseinkommen der Bauern darf nicht durch Verrechnung der Arbeitspunkte auf höherer Ebene beeinträchtigt werden;
- alle Übergriffe und Beschlagnahmen der Privatparzellen, des privaten Baumbestandes und der privaten Haustiere der Bauern wurde untersagt.

Diese Maßnahmen setzten die Bauern wieder in Rechtspositionen ein, die ihnen gemäß Verfassung sowieso zustanden. Neu ist die Vergabe von Aufträgen an kleine "Arbeitsgruppen" bzw. an Haushalte und Familien. Letzteres ist seit 1980 wieder offiziell erlaubt, soll allerdings nur den ärmsten Gebieten gestattet werden, um hier durch Privatinitiative die Produktion wieder in Gang zu bringen.

In der Provinz Sichuan, in der der jetzige chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang bis Mitte 1980 KP-Chef war, wurde diese Haushaltsproduktion schon länger offen betrieben. Zhao selbst hatte in einem Artikel im theoretischen Organ der KP, der Roten Fahne, geschrieben, daß China in seiner Agrarwirtschaft in den nächsten Jahren primär politische Methoden einsetzen werde, um die Ertragskraft zu steigern. Gemeint sind ordnungspolitische Änderungen im Sinne einer teilweisen Rückkehr zu privat- und erwerbswirtschaftlichen Methoden.

Zur Illustration erzählt er ein Beispiel über die Fischzucht in der Hauptstadt Sichuans, Chengdu: "Wenn ich sie (die Genossen) in der Vergangenheit fragte, warum sie nicht die große Anzahl von Teichen in Chengdu zur Fischzucht nützen, sagten sie mir, daß sie durch alle möglichen Dinge daran gehindert würden, wie z.B. Futter, Nahrungsmittelversorgung usw. In unserer letzten Unterhaltung sagte ich ihnen, sie sollten mit denjenigen Haushalten, die Fische züchten könnten, Verträge abschließen, und darauf achten, daß die Ertragsquoten nicht zu hoch angesetzt würden. Sie erwiderten: Wir machen es so, wie du sagst, und züchten Fische. Über Futter sagten sie dieses Mal nichts."

Landesweit soll diese Art von Pacht durch einzelne Familien auf 20% der Agrarerzeugung beschränkt bleiben (14). Rechnet man die 5% der bäuerlichen Privatparzellen hinzu, so ergibt sich, daß rund ein Viertel der Landwirtschaft Chinas faktisch reprivatisiert ist, ein vorsichtiger Versuch, die in den fünfziger Jahren viel zu schnell und vorangetriebene Kollektivierung abzumildern. Hatte man damals geglaubt, das langsam erwachende sozialistische Bewußtsein der Bauern werde schon zu einer höheren landwirtschaftlichen Ertragskraft führen, so steht man heute vor den Scherben dieser Träume: "In einigen Gegenden haben die Massen ihr Vertrauen in die kollektive Wirtschaft verloren." Oder als beschwörender Appell: "Es ist ganz falsch, wenn man meint, daß der Sozialismus nicht so gut ist wie die Kleinbauernwirtschaft oder der Kapitalismus, und falsch, das Vertrauen in den Sozialismus zu verlieren, weil einige Fehler bei der Kollektivierung der Landwirtschaft gemacht worden sind." (15)

Zusätzlich zu diesen "politischen Methoden" erhöhte die Zentrale in Beijing Ende 1979 die staatlichen Agrarankaufpreise um durchschnittlich 25%. Zusammen mit den Überschüssen aus dem privaten Nebengewerbe, die auf freien Agrarmärkten verkauft werden dürfen, konnten Chinas Bauern hierdurch erkennbare Einkommensverbesserungen erzielen. Vor allem standen:

größere Mengen agrarischer Erzeugnisse für die Ernährung der Stadtbevölkerung und die weiterverarbeitende Industrie zur Verfügung - das Hauptanliegen hinter diesen Liberalisierungen. In dem Bereich der Landwirtschaft war diese liberalisierte Ordnungspolitik ein wichtiger Faktor für die angestrebte Neugewichtung der Prioritäten.

2.2. Wiederezulassung von Genossenschafts- und Privatbetrieben in den Städten

Auch im städtischen Bereich erfuhr der kollektive bzw. private Sektor eine Aufwertung. Schon bestehende Genossenschaftsbetriebe werden nicht mehr wie bisher durch konfiskatorische Steuern (bis 85%), unzureichende Material- und Arbeitskräftezuweisungen (nur Rentner, Jugendliche oder Unqualifizierte) und sonstige Zurücksetzungen diskriminiert, neue Betriebe auf Genossenschaftsbasis und Privatbetriebe erhielten erstmals seit der Kulturrevolution wieder Lizenzen.

Ursprünglich war die Neugründung dieser Betriebe als "Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme" gedacht, um viele der arbeitslosen Jugendlichen aufzunehmen. Der staatliche Sektor war hierzu zu unbeweglich, da er ohnehin an versteckter Unterbeschäftigung leidet. Von den 9 Millionen, die z.B. 1979 neu beschäftigt wurden, gingen 44% in Kollektiv- bzw. Privatbetriebe.

Doch diese Welle von Betriebseröffnungen ging schnell über ihren ursprünglichen Zweck hinaus. Es war ein Weg gefunden worden, die Lücke der chronischen Unterversorgung mit Dienstleistungen und den kleinen Artikeln des täglichen Bedarfs zu schließen. "Der Mangel an Restaurants, Reparatur- und anderen Dienstleistungsbetrieben ist hinreichend bekannt. Das lange Schlangestehen, die Suche nach geeigneten Personen zur Ausführung von Reparaturen usw. kostet ungeheuer viel Zeit. Warum sollten wir die Eröffnung von Imbißständen, Schneiderwerkstätten und Schreinereien nicht unterstützen? Auch das Wäschereigewerbe wurde lange Zeit vernachlässigt. Früher gab es in jedem Wohnviertel eine Wäscherei. Heute... ist das Wäschewaschen neben dem Kochen zur schwersten Belastung geworden. Gegenwärtig ist der freie Tag (China hat eine 6-Tage-Woche, EG) für die Menschen der arbeitsreichste Tag der Woche" (16).

Privatbetriebe dürfen formal keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen ("Ausbeutung"), nur mithelfende Familienangehörige und Lehrlinge. Doch hier sind die Grenzen nicht so deutlich zu ziehen, denn China hat traditionell eine weitverzweigte Sippenstruktur. Auch soll die Zahl der Lehrlinge auf 6 oder 7 erhöht werden, wie Xue Muqiao vorschlägt.

Unbestritten ist, daß dieser nichtstaatliche Zweig im städtisch-industriellen Bereich der Volksrepublik von seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung her marginal bleibt. Alle "Kommandohöhen" der Wirtschaft sind und bleiben Staatseigentum.

Aber zusammen mit der genossenschaftlich-privaten Agrarwirtschaft hat sich hier eine Belebung des starren Wirtschaftsgefüges in China herausgebildet, das seine Kraft auch über den jetzt verfügbaren Reformstopp für den staatlichen Bereich behaupten konnte.

2.3. Staatssektor

Die ordnungspolitischen Reformen betrafen primär den Aktionsradius der Staatsbetriebe. Die neu hinzugewonnenen Zuständigkeiten umfassen Herstellung, Vertrieb und Ergebnisbeteiligung, betreffen aber in jedem Fall nur Teile hiervon. Der Reformbetrieb unterliegt also auch weiterhin den zentral

vorgegebenen Planvorschriften. Unternehmen haben wohl das Recht, außerhalb des Plans zu produzieren, nicht jedoch, den Plan zurückzuweisen.

Wenn sich beim Herstellungsprogramm freie Kapazitäten ergeben, die Planaufgaben für die Produktion den Betrieb also nicht auslasten, dann darf dieser nach Erfüllung des Plans selbständig mehr herstellen und dabei auch die Spezifikation der Erzeugnisse abändern.

Über selbst aufzubauende Vertriebswege dürfen alle Erzeugnisse abgesetzt werden, die nicht dem "einheitlichen staatlichen Aufkauf" durch die Staatshandelsorganisationen unterliegen. Die Verkaufsverpflichtungen decken sich keineswegs mit dem Produktionsplan des Betriebes. Es ist also durchaus möglich, daß der Handel Erzeugnisse nicht abnimmt, die der Betrieb nach Plan hergestellt hat, bzw. daß Waren abgenommen werden, die der Betrieb außerhalb seiner Planverpflichtungen aufgrund des Marktbedarfs hergestellt hat. In diesem Fall erhält der Betrieb dann keine Genehmigung für den selbständigen Verkauf.

Kernpunkt der betrieblichen Eigenständigkeit ist die Beteiligung an den Ergebnissen seiner Arbeit. Bislang wird mit drei Methoden einer Gewinnbeteiligung experimentiert: Seit dem Inkrafttreten der "30 Punkte über die Industrie" Mitte 1978 und einer Direktive des Finanzministeriums vom Dezember 1978 steht chinesischen Betrieben ein "Betriebsfonds" zu. Bei Erfüllung aller 8 Plankennziffern und der eingegangenen Verträge stehen dem Betrieb 5% seiner Gesamtlohnsomme zu. Verwendet wird dieser Betriebsfonds für Prämienzahlungen und Sozialaufwendungen. Für die Bindung des Betriebsfonds an die Lohnsumme - und nicht an den Gewinn - hatte man sich entschieden, weil man dadurch die durch die verzerrte Preisstruktur verursachten unterschiedlich hohen Gewinne ausklammern wollte. Aber man erkannte bald, daß diese Methode eine beabsichtigte Einsparung von Arbeitskräften behinderte. Deshalb wurde ab Herbst 1979 der Betriebsfonds als Anteil (5%-15%) des Gewinns ermittelt (17).

In Ergänzung zum "Betriebsfonds" durfte der Betrieb über den Arbeiter-Wohlfahrtsfonds, den Arbeiter-Prämienfonds, die zuvor vom Staat zugeteilten Mittel für wissenschaftliche Experimente über Ausbildungskosten für Arbeiter und Ausgaben für Versuchsproduktion neuer Erzeugnisse verfügen. Damit waren neben einer gewinnorientierten Erfolgsbeteiligung ebenfalls die dem Betrieb zustehenden Finanzmittel erhöht worden. Finanzminister Wang Bingqian gibt den Betriebsfonds für 1979 mit 4 Mrd. Yuan an, die oben zitierte Zeitschrift "Finanzen und Rechnungsführung" veranschlagt die Gesamtmittel der betrieblichen Gewinnbeteiligung für 1979 auf 10 Mrd. Yuan. Um den inzwischen erreichten finanziellen Spielraum chinesischer Betriebe abschätzen zu können, müssen ebenfalls die der betrieblichen Verwaltung unterstehenden Mittel für Erneuerungsinvestitionen, technische Neuerungen sowie die Abschreibungsanteile einbezogen werden. Diese zuletzt genannten Fonds schätzt die "Finanzen und Rechnungsführung" auf 40% der an den Staat abgeführten Gewinne (18), also 1979 auf rund 20 Mrd. Yuan. Zusammen ergeben sich damit 30 Mrd. Yuan, über deren Verwendung die Betriebe - formal - bestimmen können, wobei diese Mittel jedoch für Sozial-, Prämien- und Reparaturausgaben zweckgebunden sind.

Gegenwärtig praktizieren rund 6.600 Betriebe, das sind 16% der dem Staatshaushalt unterstellten Betriebe, diese erweiterten betrieblichen Rechte in mehr oder weniger umfangreichem Ausmaß. Sie erwirtschaften 60% des Output und 70% der Gewinne dieser Staatsbetriebe, stellen mithin also das Gros der chinesischen Industriebetriebe (19).

Eine dritte Form betrieblicher Gewinnbeteiligung, mit der bislang allerdings erst in wenigen Betrieben experimentiert wird, sieht vor, daß die Betriebe ihre Vermögenswerte nicht mehr wie bisher rückzahlungs- und zinsfrei vom Staat zugewiesen bekommen, sondern per verzinslichen Bankdarlehen aufnehmen müssen. Im Gegenzug unterliegen sie nicht mehr einer globalen Gewinnablieferungspflicht, sondern zahlen Körperschaftssteuern und dürfen den Nettogewinn behalten. Also eine Lenkung der Betriebe ganz mit "ökonomischen" Mitteln.

Nicht nur die Betriebe, sondern auch zwischengeordnete Finanzbehörden haben größere Mittel zur Verwendung in eigener Regie erhalten. Hauptsächlich für städtebauliche Zwecke erhielten sie 1979 2 Mrd. Yuan. Nach Aussagen des Finanzministers war geplant, 1981 jede Ebene Budgets erstellen zu lassen und sie an den Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben zu beteiligen (Zhong yang difang huafen shouzhì, fenji bao-gan). Bisher sei das jedoch für die Provinzen Guangdong und Fujian - die ohnehin einen Sonderstatus genießen - geschehen. Bislang ist allerdings unklar geblieben, zu welchem Ergebnis der Mittelabfluß aus der Zentrale durch diese finanzielle Einbeziehung dezentraler Wirtschaftsbehörden geführt hat.

Durch die Aktivitäten der Betriebe hat sich das starre Gefüge der chinesischen Plan- und Verwaltungswirtschaft in Teilbereichen gelockert. Es gibt etwas Konkurrenz zwischen den Betrieben, Angebot und Nachfrage wirken auf die Produktpalette der Betriebe ein. Zur Illustration sei das Beispiel der Ningjiang-Werkzeugmaschinenfabrik aus Sichuan genannt. Das Werk stellt Drehbänke her. Für 1979 setzte der Staat jedoch die Produktionspläne für den Betrieb herab, so daß er nicht genügend Arbeit hatte. Man entschloß sich trotzdem, die qualitativ guten kleinen und mittelgroßen Drehbänke weiter herzustellen. Um diese zu verkaufen, setzte man eine Anzeige in der Volkszeitung, die dort am 25.6.1979 erschien. Für mehr als 1.000 Drehbänke kamen daraufhin Verträge zustande. Andere Werke, die gleichfalls ähnliche Drehbänke herstellten, kamen durch die Erfolge des Sichuaner Werks in Zugzwang. Um mehr Kunden zu bekommen, mußten sie ihre Preise senken bzw. erwogen eine Betriebsschließung.

Einen ähnlichen Erfolg erzielte eine Fabrik aus Chongqing, ebenfalls Provinz Sichuan. Auf einer "Bestellkonferenz für Maschinen und Elektroausrüstung", die als Miniaturausgabe der Cantoner Exportwarenmesse beschrieben wurde, konnte dieses Werk seine Glasfaserprodukte gut verkaufen. Betriebe aus Luzhou und Zigong mußten mit ihren Preisen auch bis auf das Niveau des Chongqing-Werkes heruntergehen. Aufgrund minderer Qualität konnten sie jedoch auf der Konferenz keinen einzigen Vertrag abschließen. Die Vertreter beider Betriebe weinten deshalb auf der Versammlung (20).

2.4. Gründe für den Mißerfolg

2.4.1. Widerstand der Bürokratie

Die hier beschriebene Dezentralisierung blieb - jedenfalls in ihrer Intention - nicht wie ähnliche Ansätze in den sechziger Jahren nur in einer Verlagerung der staatlichen Verwaltungsbefugnisse auf örtliche Staatsorgane stehen, sondern zielt auf die Betriebe als ökonomische Subjekte ab. Doch gerade das Überspringen dieser vielen mit der Verwaltung der Wirtschaft befaßten Behörden hat bei diesen die Forderung nach größerer Berücksichtigung aufkommen lassen. Seien es lokale Planungskommissionen, die für sich in Anspruch nehmen, ohnehin einen großen Teil der faktischen Arbeit der Führung der Wirtschaft zu tragen, seien es die staatlichen Material- und Absatzämter, die die Entstehung von ihnen unabhängigen, durch die Betriebe selbst betriebenen Handelswegen (z.B. in Form von Messen oder Direktverkäufen) nicht hinnehmen wollen. Diese Konflikte behindern nicht nur die

alltägliche Wirtschaftsarbeit, sondern sie unterlaufen viele Reformansätze.

Hier stehen handfeste Interessen auf dem Spiel: Das breite Mittelfeld der chinesischen Wirtschaftsadministration muß um seine Existenz fürchten, wenn mehr marktwirtschaftlicher Einfluß beim konkreten Wirtschaftsablauf beabsichtigt ist. Dies setzt Fachkenntnisse voraus, die bei der breiten Schicht der mittleren Wirtschaftsbürokratie nicht vorhanden sind. Deshalb setzte von hier der Widerstand gegen die betrieblichen Aktivitäten ein. Durchaus zutreffend wurde das von Hua Guofeng ausgedrückt:

"Die Reform des wirtschaftlichen Verwaltungssystems wird zur Eliminierung eines Großteils der Bürokratie beitragen, aber die Bürokratie ihrerseits steht dieser Reform entgegen und wird sich auch auf das bereits reformierte System schädlich auswirken." (21)

Man versuchte in jedem Fall, seine eigene Position zu wahren. Dies zeigt sich z.B. in den Klagen der Betriebe darüber, daß sie über ihre Geldmittel oft nicht selbst verfügen durften. Vorgesetzte Behörden pflegten die Mittel nach eigenem Gutdünken einzusetzen. "Deshalb gibt es in bezug auf die Entscheidungsrechte der betreffenden Betriebe nicht nur die Frage ihrer Ausweitung, sondern auch, wie sie respektiert und geschützt werden." (22)

"In einigen Gebieten wird das System der Zuteilung der Mittel verwendet, während in anderen der Prozentsatz auf Bezirks- und Kreisebene nur festgesetzt und bestätigt wird. Bei jener Vorgehensweise werden die Geldmittel faktisch noch von den kontrollierenden Abteilungen verwaltet." Und weiter: "Einige Genossen in den Grund-Betrieben meinen, daß man den einbehaltenen Gewinnanteil nicht nur sehen, sondern auch ausgeben können sollte." (23)

2.4.2. Makroökonomische Unwirksamkeit

Doch auch, wenn man von diesen Obstruktionen - der Hauptsache für das Scheitern der Reform - absieht, so bleibt festzuhalten, daß sich zweitens die Änderungen in dem oben beschriebenen engen Rahmen makroökonomisch nicht rechtfertigen konnten, obwohl sie in Teilaspekten mikroökonomisch durchaus erfolgreich waren. Nur auf finanziellem Gebiet haben die Betriebe einen Einfluß gewinnen können. Aber sowohl bei der Beschaffung als auch beim Absatz waren sie weiterhin vom staatlichen Handelsapparat abhängig, die Arbeitskräftezuteilung wurde monopolartig vom Arbeitsbüro vorgenommen. Wie eh und je hatte der Betrieb weder auf die Zahl noch auf die Qualifikation der von ihm benötigten Arbeitskräfte Einfluß.

Der Hauptmangel bleibt das starre Preissystem, das keinesfalls als Bindeglied an der Nahtstelle zwischen Plan und Betrieb wirkt, wie das z.B. in folgendem Beispiel noch gefordert wird: "Die Nachfrage nach solchen Produkten wie z.B. Haushaltskeramik und Eisentöpfen ist sehr groß, die betreffenden Fabriken produzieren dergleichen aber nicht gern, weil die Ankaufpreise dieser Waren niedriger als die von Industriekeramik und Eisenrohren waren... Wir müssen eben die Preise für Haushaltskeramik und Eisentöpfe etwas heraufsetzen, d.h. die Wirkung des Wertgesetzes benutzen, um die Erfüllung des Plans zu erleichtern." (24)

Dieses Beispiel der Verbindung zwischen Preisen und Gewinn als Anreiz für den Betrieb, ein bestimmtes Erzeugnis herzustellen, das hier von dem Direktor der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften angeführt wird, weist auf die Notwendigkeit einer komplett umgestalteten, rationalen Preisstruktur hin. In einer Art von Schattenpreisen müssen die

Preise die Kostenseite betrieblicher Aktivitäten widerspiegeln. Tatsächliche Kosten müssen an die Konsumenten weitergegeben werden. Nur wenn die Preise als Indikatoren von Knappheit wirken, wenn sie den Betrieb über Angebots- und Nachfrageverhältnisse informieren, nur dann ist der Gewinn ein sinnvoller Maßstab wirtschaftlicher Effizienz auf der Ebene des Betriebs. Falls ein Betrieb Gewinne erzielt, nur weil die Preise seiner Güter zu hoch festgelegt wurden, dann ist der auf diese Weise erzielte Gewinn kein Beweis für wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes, sondern spiegelt nur die administrativ verzerrte Preisstruktur wider.

Um diese unverdienten Gewinne abzuschöpfen, werden verschiedene hohe Prozentsätze für die betriebliche Gewinnbeteiligung verwendet. Zusätzlich können diese "wind-fall profits" weggesteuert werden. Es gibt jetzt eine "Einkommens-Anpassungssteuer", die z.B. bei Betrieben angewendet wird, die Zigaretten, Spirituosen, Armbanduhren oder Kosmetika herstellen. Die "Quellensteuer" ist fällig, wenn der Betrieb Vorteile aus der Verwendung preisgünstiger Rohstoffe zieht (25).

Beides sind Beispiele für Hilfskonstruktionen, die angewendet werden müssen, um Mängel und Fehlentwicklungen einer bruchstückhaften Reform auszugleichen.

Auch während der Reformphase - jetzt schon gar nicht - wollte man keine Marktpreise einführen, die durch die Lenkung der Nachfrageströme Einfluß auf die Verschiebung gesamtwirtschaftlicher Größen ausüben. China will Makro- und Mikrobereich trennen. Gesamtwirtschaftlich regiert der Plan, oder: "Pläne kommen vor Preisen" - so der eben schon zitierte Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Hu Qiaomu.

2.4.3. Strukturschwächen lassen Reformen nicht wirksam werden

Ein dritter Ursachenkomplex für die Zurückstufung der Systemreform sind die Strukturschwächen der chinesischen Wirtschaft. Die Betriebe können den Nutzen ihrer neu erlangten Rechte nicht ausschöpfen, da ihnen durch Energieknappheit, technisch veraltete Anlagen und Lieferengpässe für viele Materialien Grenzen gesetzt werden. Selbst wenn sie freie Kapazitäten haben, können sie die nötigen Rohstoffe nicht in der gewünschten Spezifikation erhalten. Und was nützt die Gewinnbeteiligung, wenn diese Probleme kaum Gewinne erzielen lassen? Diese Ertragsrückgänge sind ein nicht zu unterschätzendes, ökonomisch plausibles Argument für die politischen Entscheidungsträger, vorerst die ordnungspolitischen Reformen hintanzustellen und die verschleppte Strukturanpassung in Angriff zu nehmen.

3. Schlußfolgerungen

1. Im Bereich der staatlichen Industrie sind die ordnungspolitischen Reformen weder an ihren ohne Frage vorhandenen inneren Widersprüchen, wie z.B. dem Fehlen eines rationalen Preissystems, gescheitert, noch daran, daß sie die vorhandenen Disproportionen im Investitionsbereich durch unkoordinierte Eigenprojekte noch vergrößert haben. Bevor die Systemreformen die in ihnen liegenden Möglichkeiten unter Beweis stellen konnten, scheiterten sie an der Wirtschaftsbürokratie, die ihre Interessen zu Recht durch die Reform bedroht sieht. Und sie scheiterten - nicht zuletzt - am fehlenden Fachpersonal, einem bislang zu wenig berücksichtigten Engpaß der Wirtschaft Chinas.
2. Bei der Förderung genossenschaftlicher oder privater Betriebe und den Teilprivatisierungen in der Landwirt-

schaft mußten keine organisierten Interessen überwunden werden. Deshalb sind auf diesen Gebieten die Erfolge vielversprechend.

3. Die Strukturverschiebungen und die Sanierung der Industrie scheiterten an dem Unvermögen, Investitionsmittel aus der Schwerindustrie abzuziehen und Projekte stillzulegen. Der Branchenegoismus der Betroffenen erwies sich als zu stark. Es ist möglich, daß man mit Rücksicht auf den Ausrüstungsbedarf der Armee Projekte der Schwerindustrie nicht antastete.
4. Angesichts der Stärke des Widerstandes erscheint der vorläufige Verzicht auf die ordnungspolitischen Reformen und die Konzentration auf die Strukturschwächen sinnvoll zu sein. Die gegenwärtige Führung hat sich nicht aus Reformfeindlichkeit zurückgezogen, sondern aufgrund der Erkenntnis, daß ein Fehlschlag der Systemreform bei andauernden Strukturproblemen zu einer Erschütterung des gesamten politischen Systems führen könnte. Ging Chinas Bevölkerung noch zu Beginn der sechziger Jahre mit großem Aufbauwillen daran, die Schäden des "Großen Sprungs" in Ordnung zu bringen, so ist die Lage heute viel kritischer. Nach den schlimmen Erfahrungen mit der "Kulturrevolution" gibt es gegenwärtig eine tiefe Vertrauenskrise in der Bevölkerung, die abermalige Experimente und deren Fehlschläge kaum hinzunehmen bereit wäre.

Mit einer Politik der Konsolidierung war China in den sechziger Jahren erfolgreich. Hier liegt ein Erfahrungsschatz bei den Fachleuten. Mit einer Änderung des Systems hingegen betritt man Neuland. Deshalb sollen diese Versuche auf der Grundlage zumindest ausgeglichener Proportionen erfolgen.

In einer Volkswirtschaft, die durch solch scharfe Gegensätze innerhalb ihrer Industriestruktur, zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den produktiven und nicht-produktiven Bereichen gekennzeichnet ist, beruht die Umschichtung von Ressourcen zur Abmilderung der Gegensätze auf der Effektivität zentraler Kontrolle über die zur Verfügung stehenden Mittel. Somit ist die fortexistierende Kontrolle der Zentrale über die Investitionsvorhaben eine Vorbedingung für eine ausgeweitete Gewinnbeteiligung der Betriebe.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach CHINA aktuell, Januar 1981, 0 13.
- 2) RMRB, 2.12.80.
- 3) Pei Yuanxi, Liu Bingying, Li Bingzhong: Zui jia jileiju de tantao (Untersuchung über die optimale Akkumulationsquote), in Guangming Ribao, 28.6.80, S.4.; RMRB, 20.1.81.
- 4) Vgl. 3), erste Quellenangabe.
- 5) Ebenda.
- 6) Da Gong Bao, 6.9.80. In Gansu wurde zwischen 1950 und 1977 nur ein 36%iger Investitionseffekt erzielt. Vgl. dazu R.Machetzki, Entwicklungsmacht China, Hamburg 1980, S.65.
- 7) RMRB, 10.2.81.
- 8) XNA, chin., 12.2.81, zit. nach SWB, 14.2.81.
- 9) JJYJ, 1980, Nr.6, S.28.
- 10) Vgl. Garms, Weitgehende Neugewichtung des laufenden Zehnjahresplans, C.a., April 1979, S.480.
- 11) XNA, 29.12.80; vgl. C.a., Januar 1981, 0 73.

- 12) XNA, 12.2.81.
- 13) RMRB, 5.9.80, zit. nach R.Machetzki, Dritte Tagung des V.NVK, C.a., Oktober 1980, S.882.
- 14) Hong Qi (Rote Fahne), 20/80, S.12.
- 15) RMRB, 1.11.80.
- 16) PRU 30/79.
- 17) "Über die Organisation von Versuchsteilen nach den Fünf Dokumenten", Staatsrats-Mitteilung vom 13.7.79, nach Caiwu yu kuaiji, Nr.10, 20.10.79, S.30.
- 18) Caiwu yu kuaiji, Nr.11, 20.11.79, S.2.
- 19) RMRB, 2.1.81.
- 20) Bericht in RMRB, 4.4.80.
- 21) Rede auf der 3.Tagung des V.NVK, BRU 38/80, 23.9.80, S.17.
- 22) Caiwu yu kuaiji, Nr.11, 20.11.79, S.2.
- 23) Jingji Guanli 2/80, S.10 ff.
- 24) Hu Tjao-mu, Nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vorgehen, dt., PRU, Nr.46/78, S.20.
- 25) Jingji Guanli, Nr.3, 15.3.80, S.20.

China hat sich selbst ein rigoroses Sparprogramm bei seinen investiver Ausgaben verordnet, um einen gesicherten Anstieg im Wachstum zu erreichen. Dies ist ein Zeichen für die Umkehr zum Realismus und die Orientierung auf die Selbstversorgung. Die chinesische Führung ist sich bewusst, dass die Wirtschaft nicht nur für den Lebensbedarf, sondern auch für die Entwicklung der Wissenschaften und der Technik sorgen muss. In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung der Erziehung und der Ausbildung von Fachkräften von zentraler Bedeutung. Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft.

Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft. Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft.

1. Finanzierungsprobleme

Das Problem der Finanzierung der Wirtschaft ist ein zentrales Thema. Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft. Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft.

Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft. Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft.

Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft. Die chinesische Führung hat beschlossen, die Erziehung zu vertiefen und die Ausbildung von Fachkräften zu beschleunigen. Dies ist ein Zeichen für die Orientierung auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft.